

Die Kürzung der Mehlquote.

**Für Nichtselbstversorger 1150 Gramm Mehl,
für Selbstversorger 1575 Gramm Getreide in
der Woche.**

Wien, 17. Januar.

Morgen wird eine Verordnung des Ernährungsamtes erscheinen, durch welche die Mehlquote herabgesetzt wird. Nach der Verordnung werden künftig die Nichtselbstversorger 1150 Gramm Mehl gegenüber einem bisherigen Quantum von 1400 Gramm, die schwerarbeitenden Nichtselbstversorger 1850 gegen früher 2100 Gramm Mehl erhalten, wobei in beiden Fällen auf Kochmehl 250 Gramm gegenüber dem bisherigen Quantum von 500 Gramm entfallen. Die Brotration bleibt unverändert.

Die Selbstversorger werden nunmehr über eine Wochenmenge von 1575 Gramm Getreide gegenüber dem bisherigen Quantum von 2100 Gramm verfügen, die schwerarbeitenden Selbstversorger werden anstatt des bisherigen Quantums von 2560 Gramm Getreide nunmehr 2100 Gramm verbrauchen können. Damit erscheint zugleich eine fast vollkommene Gleichstellung der Selbstversorger und der Nichtselbstversorger durchgeführt. Die Neuregelung erstreckt sich auf alle Verwaltungsgebiete und tritt mit der nächsten Brotkartenperiode, das ist in Wien mit dem 19. Januar, in Kraft.

Mitteilungen des stellvertretenden Leiters des Ernährungsamtes.

Der Stellvertreter des Leiters des Ernährungsamtes Ministerialrat Dr. Löwenfeld-Ruß empfing heute die Vertreter der Presse und gab ihnen über die Ursachen dieser Maßnahme und den Stand der Ernährungsangelegenheiten folgende Aufklärungen:

Wir konnten im Sommer annehmen, daß wir eine gute Weizen- und Roggenernte haben werden, und auch die Gerste- und Haferernte schien im allgemeinen befriedigend. Während die Weizen- und Roggenernte sich dann in vielen Gebieten allerdings nicht gut erwies, war der Ausfall der Gerste- und Haferernte geradezu katastrophal. Dazu kommt, daß einige Produktionsgebiete, auf die man gerechnet hat, ganz oder zum großen Teile versagt haben. Wir müssen in Oesterreich drei Arten von Ländern unterscheiden: Solche, die ihren Bedarf selbst decken und noch andere versorgen können, wie Böhmen, Mähren, Schlesien, Oberösterreich und das Land Niederösterreich; solche, die zwar Getreide produzieren, aber nicht genug, um den eigenen Bedarf zu decken, und die deshalb zum Teile auf Zuschübe angewiesen sind, wie Steiermark, Kärnten, Krain, endlich diejenigen, die gänzlich auf Zuschübe angewiesen sind, wie Triest, Istrien, Dalmatien und in erster Linie natürlich eines der größten Konsumzentren — Wien. Galizien, das in die erste Kategorie zählt, kommt jetzt gar nicht in Betracht, da weite Gebiete durch den Krieg zerstört sind. Immerhin kann es noch den größten Teil des eigenen Bedarfes aufbringen. Die Bukowina, die ebenfalls zu den Getreidequellen zählt, kommt bekanntlich derzeit nicht in Betracht. Keinesfalls aber darf die Erntestatistik der Friedensjahre bei der Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse herangezogen werden, denn durch Mangel an Arbeitskräften, unrationelle Pflege des Bodens und andere durch den Krieg hervorgerufene Umstände ist die Produktion auch *absolut* bedeutend zurückgegangen.

Ist also gegenüber der Friedensproduktion die Ernte an Brotfrüchten wesentlich geringer zu veranschlagen gewesen, so hat der fast vollständige Ausfall der Gerste und des Hafers auch die Mittel zur Streckung der Brotgetreidevorräte versagt. Gegenüber dem Vorjahre hat die Aufbringung kein ungünstigeres Ergebnis gehabt, die Ziffern sind, abgesehen von Gerste, fast dieselben wie im Vorjahre. Für die Versorgung der Nichtselbstversorger, also der Konsumenten in landläufigem Sprachgebrauche, wurden bis in die erste Januarwoche 19 Millionen Meterzentner Weizen gegen 2 Millionen im Vorjahre, 22 Millionen Meterzentner Roggen, genau so viel wie im Vorjahre, aufgebracht, dagegen weist Gerste gegenüber dem Vorjahre mit 15 Millionen Meterzentner nur die Hälfte der Aufbringung auf. Voriges Jahr brachte die Haferernte eine Million Meterzentner. Diese Getreideart ist in diesem Jahre ganz ausgefallen.

Die erforderlichen Zuschübe sind im Herbst zum Teile aus Rumänien durchgeführt worden, und wir haben rund 15 Millionen Meterzentner hereinbekommen, die den Bedarf der passiven Länder decken und zur Ansammlung von Reserven dienen sollten. Der Zuschub aus Rumänien gestaltete sich jedoch nicht so, wie wir zu erwarten berechtigt waren. Wir hatten zu Beginn des Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufgestellt, worin die Zuschübe aus Rumänien und Ungarn eine große Rolle spielten. Doch wurden die im Präliminare aufgestellten Ziffern nicht erreicht, trotzdem bei der Präliminierung durchaus nicht optimistisch vorgegangen wurde. Die Zuschübe aus Rumänien haben früher aufgehört, als wir angenommen hatten. So war es auch gar nicht möglich, zur Anlegung von Reserven zu schreiten. Damit erklärt es sich auch, daß das diesbezügliche wiederholte Ansuchen der Stadt Wien nicht erfüllt werden konnte. Die rumänische Ernte ist allerdings noch nicht erschöpft, aber wir können sie jetzt nicht verschiffen, und das wenige, das auf dem Landwege hereinzubringen ist, fällt fast gar nicht ins Gewicht. Sobald die Donau wieder schiffbar ist, haben wir mit der Zufuhr einer erheblichen Menge Mais und Getreide zu rechnen.

Was die Zuschübe aus Ungarn anbelangt, so stellt sich Ungarn neuerdings auf den Standpunkt, daß es bestimmte Kontingente, die es an Oesterreich zu liefern sich verpflichten sollte, nicht abmachen kann, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Graf Hadik hat immer den Standpunkt eingenommen, er könne nichts ziffermäßig vereinbaren, solange er nicht einen Ueberblick über die Ernte habe. Wiederholt haben die Ungarn uns momentane Aushilfen gegeben. Andererseits hat Ungarn die Versorgung des Heeresbedarfes übernommen. Tatsächlich haben wir früher vereinbarte ziffermäßige Zuschübe aus Ungarn in den Herbstmonaten nicht bekommen. Ende Oktober wurde mit Ungarn eine Vereinbarung getroffen, daß es 60 Waggons Mehl und 30 Waggons Getreide täglich an Oesterreich liefern solle. Diese Vereinbarung wurde auch im großen und ganzen eingehalten, es sind aber jetzt Rückschläge eingetreten, die mit den Transport-schwierigkeiten und auch mit den Aufbringungsverhältnissen in Ungarn erklärt werden.

Für die Entwicklung der letzten Wochen ist maßgebend, daß auch diese Zuschübe nicht in ihrer Gänze hereingekommen sind, so daß im Zusammenhalte mit dem Ausbleiben der Zuschübe aus Rumänien wir schon im Januar in Ernährungsschwierigkeiten geraten sind. Diese trafen zunächst Wien. Die Kürzung der Mehlquote hätte also schon bedeutend früher vorgenommen werden müssen, um so mehr, als wir vor März oder April mit namhaften Zuschüben nicht rechnen können. Wir wissen nicht, wann und wieviel wir von Ungarn bekommen können. Nun war ein neuer Faktor aufgetaucht. Wir erhofften von einem günstigen Fortgange der Verhandlungen in Brest-Litowsk eine Zufuhrmöglichkeit aus Rußland. Wir wollen hoffen, daß sich diese Erwartung realisieren werde.

Da also die augenblicklichen Zuschübe nicht hinreichen, um die Quote zu decken, mußte zur Kürzung der Quote geschritten werden. Sobald die Zuschübe aus Ungarn, Rumänien oder Rußland in der entsprechenden Weise einlangen, kann die Quote wieder erhöht werden. Sonst muß sie bis zur neuen Ernte in der jetzt festgesetzten Höhe aufrechtbleiben. Denn in absehbarer Zeit werden auch jene Kronländer, die in die Kategorie der Produktionsländer gehören, Zuschübe beanspruchen müssen. Durch die getroffenen Maßnahmen sind die Selbstversorger auf die gleichen Verbrauchsmengen gestellt wie die Nichtselbstversorger, und es ist vorgesorgt worden, daß die dadurch erparten Quantitäten auch wirklich der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Die Ersparung, die dadurch gemacht wird, beläuft sich auf rund zwei Millionen Meterzentner. Die Kürzung der Mehlverbrauchsquote läßt das Brotquantum unverändert und reduziert nur die Kochmehlquote auf die Hälfte.

Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte Ministerialrat Dr. Löwenfeld-Ruß, daß die Kürzung der Mehlquote nicht die tiefere Ursache der gegenwärtigen Arbeiterausstände sei, wenngleich sie den Anlaß dazu gegeben habe. Nach den Mitteilungen der Arbeiterführer und Abgeordneten, mit denen er gesprochen habe, wäre der Ausstand auch ohne diese Maßnahme ausgebrochen, da er mit den Vorgängen in Brest-Litowsk in einem ursächlichen Zusammenhange stehe.

Auf verschiedene Anfragen, ob eine weitere Kürzung der Mehlquote oder der Brotrationen zu befürchten sei, erwiderte der Vertreter des Ernährungsministers, daß für die nächste Woche bereits hinsichtlich der Brotquantitäten das Erforderliche nach dem bisherigen Stande verfügt sei, für die darauffolgende Woche werde erst disponiert werden. Er sei aber überzeugt, daß eine weitere Kürzung der Rationen nicht notwendig sein werde.